

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
6 — 31109 — 5708/62 II

Bonn, den 20. Juli 1962

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom
16. Mai 1961 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der Republik Togo über die
Förderung der Anlage von Kapital

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen. Der Wortlaut des Vertrages in deutscher und französischer Sprache und eine Denkschrift zum Vertrag sind beigelegt.

Federführend sind die Bundesminister des Auswärtigen und für Wirtschaft.

Der Bundesrat hat in seiner 248. Sitzung am 12./13. Juli 1962 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 16. Mai 1961
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Togo
über die Förderung der Anlage von Kapital**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 16. Mai 1961 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Togo über die Förderung der Anlage von Kapital, dem Protokoll und den Briefwechseln vom gleichen Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und die Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 sowie das Protokoll und die Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf steuerliche Vorschriften bezieht.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 7, die sich auf die Luftfahrt

beziehen — auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder oder Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag
zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
und
der Republik Togo
über
die Förderung der Anlage von Kapital

Traité
entre
la République fédérale d'Allemagne
et
la République Togolaise
relatif à
l'encouragement des investissements de capitaux

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND
DIE REPUBLIK TOGO,

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
ET
LA RÉPUBLIQUE TOGOLAISE,

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für die Anlage von Kapital durch Staatsangehörige und Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen, und

IN DER ERKENNTNIS, daß ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet ist, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren —

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet die Anlage von Kapital durch Staatsangehörige und Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern, diese Anlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen und die Erteilung der erforderlichen Genehmigungen wohlwollend erwägen.

Artikel 2

(1) Eine Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig behandeln als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Eine Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet die Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei im Zusammenhang mit deren Kapitalanlagen in beruflichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht ungünstigeren Bedingungen unterwerfen als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten. Das gleiche gilt für die Verwaltung, den Gebrauch und die Nutzung dieser Kapitalanlagen.

DÉSIREUSES d'intensifier la coopération économique entre les deux États,

SOUÇIEUSES de créer des conditions favorables à l'investissement de capitaux par des ressortissants et des sociétés de l'un des deux États sur le territoire de l'autre État et

RECONNAISSANT qu'une protection contractuelle de ces investissements est susceptible de stimuler l'initiative économique privée et d'augmenter la prospérité des deux nations —

Sont convenues de ce qui suit:

Article 1

Chaque Partie Contractante encouragera dans la mesure du possible l'investissement de capitaux dans son territoire par des ressortissants et sociétés de l'autre Partie Contractante, admettra ces investissements en conformité de sa législation et considérera avec bienveillance la question de l'octroi des autorisations nécessaires.

Article 2

(1) L'une des Parties Contractantes ne traitera pas, sur son territoire, les investissements qui sont la propriété ou qui sont soumis au contrôle de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie Contractante, moins favorablement que les investissements de ses propres ressortissants et sociétés, ou les investissements de ressortissants et de sociétés d'États tiers.

(2) L'une des Parties Contractantes ne soumettra pas, sur son territoire, les ressortissants et les sociétés de l'autre Partie Contractante, en connexion avec leurs investissements à des conditions moins favorables dans le domaine professionnel ou économique que celles auxquelles sont soumis ses propres ressortissants et sociétés, ou les ressortissants et sociétés d'États tiers. Il en est de même en ce qui concerne l'administration et la gestion, l'utilisation et la jouissance de ces investissements.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage entsprechen, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein sowie unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige und Gesellschaften einer Vertragspartei, deren Kapitalanlagen durch bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Schäden erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Ausgleichszahlungen oder sonstigen Entschädigungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften. Hinsichtlich des Transfers solcher Leistungen verpflichten sich die Vertragsparteien, die Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei nicht weniger günstig zu behandeln als in entsprechenden Fällen die Staatsangehörigen und Gesellschaften eines dritten Staates.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten auch für Erträge von Kapitalanlagen.

(5) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jede Vertragspartei wird den Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei den Transfer des Kapitals, der Erträge ihrer Kapitalanlagen und im Falle der Liquidation den Transfer des Erlöses genehmigen.

Artikel 5

Falls eine Vertragspartei einem ihrer Staatsangehörigen oder einer ihrer Gesellschaften auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage Zahlungen leistet, so erkennt die andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 11, die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieses Staatsangehörigen oder dieser Gesellschaft auf die erstgenannte Vertragspartei kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäftes sowie den Eintritt dieser Vertragspartei in alle diese Rechte und Ansprüche an. Für den Transfer der auf Grund des Rechtsüberganges an die Vertragspartei zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 3 Abs. 2, 3 und 4 und Artikel 4 sinngemäß.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht mit Billigung der zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, eine abweichende Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen

Article 3

(1) Les investissements de ressortissants et de sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Les ressortissants et sociétés d'une Partie Contractante ne pourront être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie Contractante que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnité devra correspondre à la valeur de l'investissement exproprié, être effectivement réalisable, librement transférable et être versée sans délai. Au moment de l'expropriation, au plus tard, il sera pourvu à la fixation de l'indemnité et du mode de son versement. La légalité de l'expropriation et le montant de l'indemnité devront pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire de droit commun.

(3) Les ressortissants et sociétés d'une Partie Contractante, dont les investissements auraient subi des dommages par l'effet d'un conflit armé, d'une révolution ou d'une émeute dans le territoire de l'autre Partie Contractante, bénéficieront de la part de l'autre Partie Contractante, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé aux ressortissants et sociétés de cette Partie. En ce qui concerne le transfert de tels paiements, les Parties Contractantes s'engagent mutuellement à accorder aux ressortissants et sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé, en des cas analogues, aux ressortissants et sociétés d'un État tiers.

(4) Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3 ci-dessus sont également applicables au produit des investissements.

(5) En ce qui concerne les matières réglées par le présent article, les ressortissants et sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 4

Chaque Partie Contractante autorisera les ressortissants et sociétés de l'autre Partie Contractante à transférer le capital, le produit de leurs investissements et, en cas de liquidation, le produit de la liquidation.

Article 5

Si une Partie Contractante, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement, effectue des versements à l'un de ses ressortissants ou à l'une de ses sociétés, l'autre Partie Contractante, sans préjudice des droits de la première Partie Contractante découlant de l'article 11, reconnaîtra la transmission, par l'effet de la loi ou d'un contrat, de tous les droits et revendications de ce ressortissant ou de cette société à la première Partie Contractante ainsi que la subrogation en sa faveur de tous ces droits et revendications. En ce qui concerne le transfert des versements à effectuer à la Partie Contractante en vertu de la transmission des droits, les dispositions de l'article 3, paragraphes 2, 3 et 4, et de l'article 4 sont applicables mutatis mutandis.

Article 6

(1) Pour autant que les intéressés n'auront pas conclu d'arrangement contraire avec l'approbation des autorités compétentes de la Partie Contractante dans le territoire de laquelle se trouve l'investissement, les transferts au

nach Artikel 3 Abs. 2, 3 und 4, nach Artikel 4 oder Artikel 5 unverzüglich und zu dem für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 2, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

Artikel 7

Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag vorgesehen ist, so bleibt diese Regelung durch den vorliegenden Vertrag unberührt. Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei übernommen hat.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen“ umfaßt alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen, sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Pfandrechte, Nießbrauch oder dergleichen;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
- c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und Goodwill;
- e) Betriebskonzessionen auf Grund öffentlichen Rechts, einschließlich Konzessionen zur Aufsuchung, Förderung oder Gewinnung von Bodenschätzen, die ihrem Inhaber eine Rechtsstellung von einiger Dauer geben.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträge“ bezeichnet diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage als Gewinn oder Zinsen entfallen.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bezeichnet

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) in bezug auf die Republik Togo: diejenigen Personen, die nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die togoländische Staatsangehörigkeit Togoländer sind.

titre de l'article 3, paragraphes 2, 3 et 4, de l'article 4 et de l'article 5 seront effectués sans délai et au cours de change valable à la date du transfert pour les opérations courantes.

(2) Le cours applicable aux opérations courantes est basé sur le pair (par value) convenu avec le Fonds Monétaire International et ne doit pas dépasser la marge d'oscillation, admise aux termes de l'article IV section 3 des articles de l'Accord relatif au Fonds Monétaire International, de part et d'autre de la parité (parity).

(3) Si, pour l'une des Parties Contractantes, il n'existe pas, à la date du transfert, de cours de change au sens du paragraphe 2, sera applicable le cours officiel fixé par cette Partie Contractante pour sa monnaie nationale par rapport au dollar U.S. ou à une autre monnaie librement convertible ou à l'or. Si un tel cours n'est pas fixé non plus, les autorités compétentes de la Partie Contractante dans le territoire de laquelle se trouve l'investissement admettront un cours de change juste et équitable.

Article 7

S'il résulte des dispositions légales de l'une des Parties Contractantes ou d'obligations internationales, existant actuellement ou qui seront fondées à l'avenir entre les Parties Contractantes à côté du présent Traité, un règlement qui accorde aux investissements de ressortissants et de sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, ce dernier n'affectera pas le règlement en question. Chaque Partie Contractante se conformera à tous autres engagements relatifs aux investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie Contractante auxquels elle aura souscrit.

Article 8

(1) Le terme « investissements » comprend toutes les catégories de biens, notamment, mais non exclusivement:

- a) la propriété de biens meubles et immeubles et tous autres droits réels tels qu'hypothèques, droits de gage, usufruit etc.;
- b) les droits de participation à des sociétés et autres sortes de participations;
- c) les créances pécuniaires ou celles relatives à des prestations présentant une valeur économique;
- d) les droits d'auteur, droits de propriété industrielle, procédés techniques, noms commerciaux et fonds de commerce (goodwill);
- e) les concessions d'entreprise en vertu du droit public, y compris les concessions de recherche, d'extraction ou d'exploitation des richesses du sol qui donnent à leur détenteur un statut légal d'une certaine durée.

Les modifications de la forme sous laquelle des biens sont investis n'affecteront pas leur qualité d'investissement.

(2) On entend par « produits » les sommes versées à titre de bénéfice ou d'intérêt sur des investissements.

(3) On entend par « ressortissants »

- a) au regard de la République fédérale d'Allemagne: les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne;
- b) au regard de la République Togolaise: les personnes jouissant de la qualité de Togolais conformément aux dispositions législatives et réglementaires sur la nationalité togolaise;

(4) Im Sinne dieses Vertrages bezeichnet der Ausdruck „Gesellschaften“

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;

b) in bezug auf die Republik Togo:

jede juristische Person mit Sitz in dem Hoheitsgebiet der Republik Togo, gegründet durch die Vereinigung oder den Zusammenschluß von zwei oder mehr Personen, die sich durch einen Vertrag zu gemeinschaftlichem Handeln verbunden haben, um den sich daraus möglicherweise ergebenden Gewinn zu teilen.

Artikel 9

Den Bestimmungen dieses Vertrages unterliegen auch Kapitalanlagen, die Staatsangehörige und Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet nach dem 27. April 1958 vorgenommen haben. Das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden bleibt unberührt.

Artikel 10

Jede Vertragspartei gewährt die Inländerbehandlung im Rahmen dieses Vertrages auf Grund der Tatsache, daß die Inländerbehandlung in den gleichen Angelegenheiten auch von der anderen Vertragspartei eingeräumt wird.

Artikel 11

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(4) On entend par « sociétés » aux termes du présent Traité:

a) au regard de la République fédérale d'Allemagne: toute personne morale ainsi que toute société de commerce et autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et constituée légalement en conformité de la législation, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non;

b) au regard de la République Togolaise:

toute personne morale constituée par la réunion ou le groupement de deux ou plusieurs individus associés en vertu d'un contrat par lequel ils sont convenus de mettre quelque chose en commun en vue de partager le bénéfice qui pourrait en résulter, et ayant son siège sur le territoire de la République Togolaise.

Article 9

Sont également soumis aux dispositions du présent Traité les investissements que des ressortissants et sociétés de l'une des Parties Contractantes ont, en conformité des lois et règlements de l'autre Partie Contractante, effectués sur le territoire de cette dernière postérieurement au 27 avril 1958. L'Accord du 27 février 1953 relatif aux Dettes extérieures de l'Allemagne n'est pas affecté par les dispositions du présent Traité.

Article 10

Dans le cadre du présent Traité, chaque Partie Contractante accorde à l'autre le traitement national, en vertu du fait que ce traitement est également accordé dans les mêmes matières par l'autre Partie Contractante.

Article 11

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité doivent, si possible, être réglés par les Gouvernements des deux Parties Contractantes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux Parties Contractantes.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Partie Contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un État tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties Contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties Contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie Contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il incomberait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était, lui aussi, ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes ou s'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties Contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 12

Die Bestimmungen dieses Vertrages bleiben auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens im Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufgehoben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 7, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Togo innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Lomé ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage der Beendigung dieses Vertrages an.

GESCHEHEN zu Bonn am 16. Mai 1961 in vier Urschriften, zwei in deutscher und zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
von Brentano

Für die Republik Togo:
J. Freitas

(5) Le tribunal d'arbitrage prend ses décisions à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie Contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de l'arbitre qu'elle a nommé ainsi que les frais de sa défense dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du président ainsi que les autres frais sont assumés à parts égales par les deux Parties Contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer un autre règlement concernant les dépens. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Article 12

Les dispositions du présent Traité resteront en vigueur même en cas de conflits qui naitraient entre les Parties Contractantes, sans préjudice du droit de prendre des mesures provisoires admissibles en vertu des règles générales du droit international. Les mesures de ce genre seront abrogées au plus tard au moment de la cessation effective du conflit, que les relations diplomatiques aient été rétablies ou non.

Article 13

A l'exception des dispositions du paragraphe 7 du Procès-Verbal relatives à la navigation aérienne, le présent Traité s'appliquera également au Land de Berlin sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Togolaise dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 14

(1) Le présent Traité sera ratifié; l'échange des instruments de ratification aura lieu aussi tôt que possible à Lomé.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prolongé pour une durée indéterminée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties Contractantes un an avant son expiration. À l'expiration de la période de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera encore en vigueur pendant un an après sa dénonciation.

(3) Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du Traité, les articles 1 à 13 resteront encore applicables pendant vingt ans à partir de la date d'expiration du présent Traité.

FAIT à Bonn le 16 mai 1961 en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Pour la
République fédérale d'Allemagne:
von Brentano

Pour la
République Togolaise:
J. Freitas

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Förderung von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Togo haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden sollen:

(1) Artikel 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

(2) Die Vertragsparteien werden in angemessener Frist Verhandlungen über den Abschluß eines Niederlassungsvertrages aufnehmen, der Regelungen folgender Angelegenheiten umfassen soll:

Einreise und Ausreise, vorübergehender und ständiger Aufenthalt, Ausweisungsschutz, Aufnahme und Ausübung wirtschaftlicher und beruflicher Tätigkeiten, Gründung von und Beteiligung an Unternehmen ohne kapitalmäßige Beschränkungen, Arbeitserlaubnisse für leitendes und technisches Personal, Schutz und Sicherheit der Person und des Vermögens, freier Zugang zu den Gerichten, Vertragsfreiheit, Erwerb von Grundstücks- und sonstigem Eigentum, Zulassung als Schiedsrichter.

(3) Als „ungünstigere Bedingungen“ im Sinne des Artikels 2 werden insbesondere angesehen: jede Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, jede Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „ungünstigere Bedingungen“ im Sinne des Artikels 2.

(4) Die Bestimmungen des Artikels 3 Abs. 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum sowie für alle sonstigen hoheitlichen Maßnahmen, durch die eine Kapitalanlage entzogen oder beschränkt wird und die einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen.

(5) Als „Liquidation“ im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

(6) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Abs. 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(7) Jede Vertragspartei wird Maßnahmen unterlassen, die entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs die Beteiligung der Seeschiffahrt oder Luftfahrt der anderen Vertragspartei an der Beförderung solcher Güter ausschalten oder behindern, die für eine Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind.

Dies gilt auch für Güter, die mit Mitteln eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Kapital im Sinne dieses Vertrages angelegt ist.

Procès-Verbal

Lors de la signature du Traité relatif à l'encouragement des investissements de capitaux, conclu entre la République fédérale d'Allemagne et la République Togolaise, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus des arrangements suivants qui seront considérés comme formant partie intégrante du Traité:

(1) L'article 2 ne s'applique pas à l'entrée, au séjour et à l'emploi en tant que salarié.

(2) Les Parties Contractantes entameront, dans un délai raisonnable, des négociations relatives à la conclusion d'une Convention d'Etablissement qui réglera les questions afférentes aux matières suivantes:

Entrée et sortie, séjour temporaire et définitif, protection contre l'expulsion, admission et exercice d'activités économiques et professionnelles, fondation d'entreprises sans limitation de capital et participation à des entreprises, autorisations de travail pour personnel directeur et personnel technique, protection et sécurité de la personne et de la propriété, libre accès aux tribunaux, liberté de conclure des contrats, acquisition de fonds immobiliers et autres biens, admission à la fonction d'arbitre.

(3) Sont considérées comme « conditions moins favorables » au sens de l'article 2, notamment: toute restriction touchant à l'acquisition de matières premières et de matières secondaires, de force motrice et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute entrave à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger ainsi que toutes autres mesures ayant des effets analogues. Les mesures prises pour des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publics ou de moralité ne sont pas considérées comme des « conditions moins favorables » au sens de l'article 2.

(4) Les dispositions de l'article 3, paragraphe 2, sont également applicables au passage d'un investissement en propriété publique, et à toutes autres mesures de privation ou de limitation d'un investissement de la part des autorités publiques équivalant à une expropriation ou à une nationalisation.

(5) Est également considérée comme « liquidation » au sens de l'article 4 toute aliénation effectuée en vue d'un renoncement total ou partiel à l'investissement.

(6) Est considéré comme effectué « sans délai » au sens de l'article 6, paragraphe 1 ci-dessus tout transfert qui a lieu dans le délai normalement nécessaire à l'observation des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à la date de l'introduction d'une requête correspondante et ne devra en aucun cas dépasser deux mois.

(7) Chaque Partie Contractante s'abstiendra de prendre des mesures contraires aux principes de la libre concurrence et susceptibles d'éliminer ou d'entraver la participation de la navigation maritime et aérienne de l'autre Partie Contractante au transport des biens destinés aux investissements au sens du présent Traité.

Cette disposition s'applique également aux biens acquis moyennant des fonds d'une entreprise dans laquelle des investissements ont été effectués au sens du présent Traité.

(8) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(8) Sans préjudice d'autres procédés de détermination de la nationalité, est considérée notamment comme ressortissant d'une Partie Contractante toute personne qui possède un passeport national délivré par les autorités compétentes de la Partie Contractante en question.

GESCHEHEN zu Bonn, am 16. Mai 1961 in vier Urschriften, zwei in deutscher und zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FAIT à Bonn le 16 mai 1961 en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
von Brentano

Pour la
République fédérale d'Allemagne:
von Brentano

Für die Republik Togo:
J. Freitas

Pour la
République Togolaise:
J. Freitas

Briefwechsel

1.

Le Ministre d'État
chargé des Affaires Étrangères
de la République Togolaise

Bonn, le 16 mai 1961

Monsieur le Ministre,

Me référant au Traité signé ce jour entre la République Togolaise et la République fédérale d'Allemagne et relatif à l'encouragement des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de confirmer qu'au cours de nos négociations, un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

« Chaque Partie Contractante pourra dans l'intérêt de son économie nationale, lors de l'admission d'un investissement par des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante, dans les actes d'admission poser des conditions concernant l'administration et la gestion, l'utilisation ou la jouissance d'un investissement et concernant la formation et l'emploi de ses ressortissants. Ces conditions peuvent être, par dérogation aux dispositions de l'article 2, paragraphe 2, moins favorables que celles dont jouiraient ses propres ressortissants et sociétés, mais ne doivent affecter ni directement ni indirectement les autres dispositions du présent Traité. »

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir confirmer cet accord.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de ma plus haute considération.

J. Freitas

Son Excellence
Le Ministre des Affaires Étrangères
de la République fédérale d'Allemagne
M. Heinrich von Brentano
Bonn

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 16. Mai 1961

Herr Minister,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 16. Mai 1961 zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Republik Togo und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung der Anlage von Kapital zu bestätigen, daß während unserer Verhandlungen zusätzlich Einverständnis über folgendes erzielt wurde:

„Jede Vertragspartei kann im Interesse ihrer nationalen Wirtschaft bei der Zulassung einer Kapitalanlage von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in den Zulassungsurkunden hinsichtlich der Verwaltung, des Gebrauchs oder der Nutzung einer Kapitalanlage sowie hinsichtlich der Ausbildung und Beschäftigung ihrer Staatsangehörigen Bedingungen festlegen. Diese Bedingungen können, abweichend von Artikel 2 Abs. 2, weniger günstig sein als diejenigen, die für die eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften gelten; sie dürfen jedoch weder unmittelbar noch mittelbar die sonstigen Bestimmungen dieses Vertrages berühren.“

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Einverständnis bestätigen würden.“

Ich beehre mich, das vorstehende Einverständnis zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

von Brentano

Seiner Exzellenz
dem Staatsminister
der Republik Togo
Herrn Paulin Jacintho Freitas

2.

Le Ministre d'État
chargé des Affaires Étrangères
de la République Togolaise

Bonn, le 16 mai 1961

Monsieur le Ministre,

Me référant au Traité signé ce jour entre la République Togolaise et la République fédérale d'Allemagne et relatif à l'encouragement des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de confirmer qu'au cours de nos négociations, un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

« Eu égard aux réglementations spéciales régissant actuellement les relations monétaires entre les membres de la Zone Franc, les dispositions du présent Traité concernant les obligations de la République Togolaise et relatives au transfert ne s'appliqueront à un investissement déterminé qu'après approbation de cet investissement par le Gouvernement de la République Togolaise ou — au cas où la législation togolaise n'exige pas une telle approbation — après une déclaration du Gouvernement de la République Togolaise par laquelle il assume les obligations susmentionnées à l'égard de l'investissement en question. »

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir confirmer cet accord.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de ma plus haute considération.

J. Freitas

Son Excellence
Le Ministre des Affaires Étrangères
de la République fédérale d'Allemagne
M. Heinrich von Brentano
Bonn

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 16. Mai 1961

Herr Minister,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 16. Mai 1961 zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Republik Togo und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung der Anlage von Kapital zu bestätigen, daß während unserer Verhandlungen zusätzlich Einverständnis über folgendes erzielt wurde:

„Angesichts der besonderen Regelungen, die gegenwärtig für die Währungsbeziehungen zwischen den Mitgliedern der Frankenzonen gelten, finden die Bestimmungen dieses Vertrages, die sich auf die Transferverpflichtungen der Republik Togo beziehen, auf eine bestimmte Kapitalanlage erst nach Genehmigung dieser Kapitalanlage durch die Regierung der Republik Togo Anwendung oder — falls die togoländische Gesetzgebung eine solche Genehmigung nicht vorsieht — nach einer Erklärung der Regierung der Republik Togo, durch welche diese die genannten Verpflichtungen in bezug auf die in Frage stehende Kapitalanlage übernimmt.“

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Einverständnis bestätigen würden.“

Ich beehre mich, das vorstehende Einverständnis zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

von Brentano

Seiner Exzellenz
dem Staatsminister
der Republik Togo
Herrn Paulin Jacintho Freitas

3.

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 16. Mai 1961

Herr Minister,

Ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Togo über die Förderung der Anlage von Kapital zu bestätigen, daß während unserer Verhandlungen zusätzlich Einverständnis über folgendes erzielt wurde:

„In der Absicht, Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften im Hoheitsgebiet der Republik Togo zu erleichtern und zu fördern, wird die Regierung der Republik Togo bereits vor dem Inkrafttreten eines Niederlassungsabkommens, über dessen Abschluß Verhandlungen vorgesehen sind, deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften in das Hoheitsgebiet der Republik Togo einreisen, sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit entgegenstehen.“

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Einverständnis bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

von Brentano

Seiner Exzellenz
dem Staatsminister
der Republik Togo
Herrn Paulin Jacintho Freitas

Le Ministre d'État
chargé des Affaires Étrangères
de la République Togolaise

Bonn, le 16 mai 1961

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 16 mai 1961, rédigée comme suit:

« Me référant au Traité signé ce jour entre la République fédérale d'Allemagne et la République Togolaise et relatif à l'encouragement des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de confirmer qu'au cours de nos négociations, un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

« Dans le but de faciliter et encourager les investissements de capitaux par des ressortissants et sociétés allemands dans le territoire de la République Togolaise, le Gouvernement de la République Togolaise, avant même l'entrée en vigueur d'une Convention d'Établissement, dont la négociation et envisagée, accordera aux ressortissants allemands qui, en connexion avec des investissements de ressortissants et sociétés allemands, désireraient entrer et séjourner et exercer une activité de salarié dans le territoire de la République Togolaise, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publics ou de moralité ne s'y opposent. »

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir confirmer cet accord. »

J'ai l'honneur de confirmer l'accord précédent.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de ma plus haute considération.

J. Freitas

Son Excellence
Le Ministre des Affaires Étrangères
de la République fédérale d'Allemagne
M. Heinrich von Brentano
Bonn

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland ist bestrebt, durch günstige Bedingungen die private wirtschaftliche Initiative zu Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zu beleben. Die Förderung privater Auslandsinvestitionen erscheint ihr als geeignetes Mittel, den wirtschaftlichen Aufbau in den Entwicklungsländern durch die Zuführung von Geld und Sachkapital in Verbindung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen, technischen Erfindungen und Verfahren über die wirksamste Anlage des Kapitals zu begünstigen. Der deutsch-togoische Vertrag vom 16. Mai 1961 über die Förderung der Anlage von Kapital soll diesem Zweck dienen und ist geeignet, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Togo bestehenden vertrauensvollen wirtschaftlichen Beziehungen weiter zu vertiefen.

Darüber hinaus trägt der Vertrag dem § 18 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes 1959, dem § 23 Abs. 1 Nr. 3 des Haushaltsgesetzes 1960 und dem § 21 Abs. 1 Nr. 3 des Haushaltsgesetzes 1961 Rechnung, durch die der Bundesminister der Finanzen ermächtigt worden ist, zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu übernehmen, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht, oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint.

Der deutsch-togoische Vertrag vom 16. Mai 1961 über die Förderung der Anlage von Kapital ist in Lomé verhandelt worden. Er lehnt sich, wie der Vertrag vom 25. November 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Pakistan zur Förderung und zum Schutz von Kapitalanlagen (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 794) sowie das Abkommen vom 22. Dezember 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Malaiischen Bund über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und der Vertrag vom 27. März 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen an die von der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffsverträge an, soweit sich diese mit der Frage der Nichtdiskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiet und mit dem Vermögensschutz im Falle einer Enteignung befassen. Darüber hinaus regelt er sonstige Materien, die für eine Kapitalanlage von Bedeutung sind, so namentlich die Frage des Transfers und des Wechselkurses. Der Vertrag ist die vierte Vereinbarung, die von der Bundesrepublik im Hinblick auf die oben erwähnten Haushaltsgesetze abgeschlossen wurde. Er stellt in sich bereits die rechtliche Voraussetzung für die Gewährung einer Garantie im Sinne dieser Gesetze dar mit der Wirkung, daß bei einer Garantiegewährung in der Regel nicht mehr

zu prüfen sein wird, ob durch die Rechtsordnung Togos oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gegeben ist.

II. Besonderes

Der Vertrag enthält 14 Artikel; ihm sind ein Protokoll und drei Briefwechsel beigelegt.

Zu Artikel 1

Artikel 1 behandelt die Zulassung von Kapitalanlagen der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und die Erteilung von etwa erforderlichen Genehmigungen in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei.

Zu Artikel 2

Artikel 2 Abs. 1 verbietet eine diskriminierende Behandlung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei.

Absatz 2 soll verhindern, daß Staatsangehörige einer Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen, der Verwaltung, des Gebrauchs oder der Nutzung ihrer Kapitalanlagen einer diskriminierenden Behandlung unterworfen werden.

Zu Artikel 3

Nach Artikel 3 genießen Kapitalanlagen vollen Schutz und Sicherheit. Enteignungen sollen nur zum allgemeinen Wohl und nur gegen wertgleiche Entschädigung, die tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein muß, zulässig sein. Entscheidungen über die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung sind ordentlichen Rechtsverfahren vorbehalten. Unter den Begriff der Enteignung fallen nach Protokollziffer 4 auch enteignungsgleiche Maßnahmen und Verstaatlichungen. Soweit Kapitalanlagen infolge Krieg, Revolution oder Aufruhr Schaden leiden, genießen die Geschädigten hinsichtlich etwaiger Rückerstattungen oder Entschädigungen Inländerbehandlung; hinsichtlich des Transfers von Entschädigungen genießen sie Meistbegünstigung.

Nach Absatz 4 gelten diese Grundsätze auch für die Erträge von Kapitalanlagen.

Absatz 5 enthält eine alle Bestimmungen dieses Artikels umfassende Meistbegünstigungsklausel.

Zu Artikel 4

Artikel 4 gewährleistet den Transfer des investierten Kapitals, seiner Erträge und — im Falle der Liquidation — des Liquidationserlöses. Protokollziffer 5 gibt eine Erläuterung des Begriffes „Liquidation“.

Zu Artikel 5

Diese Bestimmung trägt den besonderen, aus den Gewährleistungsbestimmungen der Bundesrepublik

sich ergebenden Forderungen Rechnung. Sie setzt die Bundesregierung, wenn sie auf Grund einer Gewährleistung für eine im Ausland vorgenommene Kapitalanlage Zahlungen leistet, in die Lage, die auf sie übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im Namen der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen.

Zu Artikel 6

Artikel 6 legt fest, daß Transferierungen im Rahmen dieses Vertrages unverzüglich zu erfolgen haben, und zwar zu dem Kurs, der nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds für laufende Geschäfte gilt, soweit die Beteiligten nicht eine, erforderlichenfalls genehmigte, abweichende Regelung getroffen haben. Dabei ist die im Abkommen über den Internationalen Währungsfonds zugelassene Schwankungsbreite oberhalb und unterhalb der festgestellten Parität zu berücksichtigen. Sofern im Zeitpunkt der Transferierung ein Umrechnungskurs nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds nicht besteht, z. B. weil eine der beiden Vertragsparteien aus dem Internationalen Währungsfonds ausgetreten ist, ist der im Verhältnis zum US-Dollar, zu einer anderen konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegte Kurs oder, falls auch ein solcher Kurs nicht besteht, ein gerechter und billiger Kurs anzuwenden.

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt das Verhältnis der Bestimmungen dieses Vertrages zu anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen und innerstaatlichen Rechtsvorschriften, die jeweils unberührt bleiben sollen, soweit sie den Kapitalanlagen der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung gewähren als der vorliegende Vertrag.

Von besonderer Bedeutung ist Satz 2, der jede Art von Verpflichtung, die eine Vertragspartei in bezug auf eine Kapitalanlage der anderen Vertragspartei übernommen hat, z. B. im Wege einer Konzession oder einer privatrechtlichen Vereinbarung, unter den Schutz des vorliegenden Vertrages stellt.

Zu Artikel 8

Artikel 8 enthält Definitionen der Ausdrücke „Kapitalanlage“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“.

Zu Artikel 9

Artikel 9 legt fest, daß die Bestimmungen des Vertrages auch für solche Kapitalanlagen gelten, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Anlagelandes bereits vor dem Inkrafttreten des Vertrages, jedoch nicht vor dem 27. April 1958, vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Artikel 10 soll klarstellen, daß die im Rahmen des Vertrages gewährte Inländerbehandlung nur auf Grund der Tatsache zugesichert wird, daß die Inländerbehandlung in den gleichen Angelegenheiten auch von der anderen Vertragspartei eingeräumt wird.

Zu Artikel 11

Artikel 11 berechtigt jede Vertragspartei, im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrages, soweit diese durch diplomatische Verhandlungen nicht beigelegt werden können, im Einverständnis mit der anderen Vertragspartei den Internationalen Gerichtshof oder — falls ein solches Einverständnis nicht vorliegt — ein von den Vertragsparteien zu bildendes Schiedsgericht anzurufen. Der Artikel regelt die Zusammensetzung des Schiedsgerichts und die für das Schiedsverfahren geltenden Grundsätze.

Zu Artikel 12

In Artikel 12 verpflichten sich die Vertragsparteien, den Schutz von Kapitalanlagen nach Maßgabe des Vertrages auch für den Fall von Auseinandersetzungen zu gewährleisten. Unberührt bleiben jedoch vorübergehende Maßnahmen, die auf Grund des Völkerrechts zulässig sind.

Zu Artikel 13

Der Vertrag soll — mit Ausnahme derjenigen Bestimmungen der Protokollziffer 7, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Der Vertrag enthält daher eine Klausel über die völkerrechtliche Einbeziehung des Landes Berlin. Die Ausnahme hinsichtlich der Luftfahrt trägt den Bestimmungen der Nummer III Buchstabe b der Erklärung der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin vom 5. März 1955 über die Stellung Berlins nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge [BKC/L(55)3] sowie des Artikels 5 des Zwölften Teils des Vertrages vom 23. Oktober 1954 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen Rechnung.

Zu Artikel 14

Artikel 14 regelt Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrages. Die Mindestlaufzeit des Vertrages beträgt 10 Jahre; eine automatische Verlängerung ist vorgesehen. Nach Außerkrafttreten des Vertrages genießen die bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere 20 Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll bringt in acht Ziffern Erläuterungen und bindende Auslegungsvorschriften zu dem Vertrag. Abgesehen von den unter den Artikeln 3 und 4 bereits erwähnten Bestimmungen enthält es

in Ziffer 1 eine Klarstellung dahingehend, daß die Nichtdiskriminierungsbestimmungen des Artikels 2 nicht auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer Anwendung finden. Für deutsche Staatsangehörige gilt insoweit Briefwechsel 1;

in Ziffer 2 eine Absichtserklärung über den Abschluß eines Niederlassungsvertrages;

in Ziffer 3 eine Erläuterung des Ausdrucks „ungünstigere Bedingungen“ im Sinne der Nichtdiskriminierungsbestimmungen des Artikels 2;

in Ziffer 6 eine Klarstellung des Ausdrucks „unverzüglich“ im Zusammenhang mit den Vorschriften über den Transfer;

in Ziffer 7 eine Bestimmung, die diskriminierende Maßnahmen auf dem Gebiet der Seeschifffahrt und der Luftfahrt ausschließt, sofern es sich um die Beförderung von Gütern handelt, die für eine Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind oder mit Mitteln eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Kapital im Sinne dieses Vertrages angelegt ist;

in Ziffer 8 eine Bestimmung über die Feststellung der Staatsangehörigkeit einer natürlichen Person.

Zu den Briefwechseln

Briefwechsel 1

sieht vor, daß jede Vertragspartei im Interesse ihrer nationalen Wirtschaft bei der Zulassung einer Kapitalanlage in der Zulassungsurkunde Bedingungen

hinsichtlich der Verwaltung, des Gebrauchs und der Nutzung einer Kapitalanlage festlegen kann.

Briefwechsel 2

trägt der Tatsache Rechnung, daß die Republik Togo der Frankzone angehört und dementsprechend bestimmte Bindungen zu berücksichtigen hat. Es ist daher vorgesehen, daß die Bestimmungen des Vertrages, die sich auf Transferverpflichtungen der Republik Togo beziehen, auf eine bestimmte Kapitalanlage erst nach Genehmigung dieser Kapitalanlage durch die Regierung der Republik Togo Anwendung finden.

Briefwechsel 3

enthält eine Vereinbarung hinsichtlich der Einreise, des Aufenthalts und der Tätigkeit von deutschen Staatsangehörigen im Hoheitsgebiet der Republik Togo im Zusammenhang mit Kapitalanlagen.